

## Grundsteuer und Kita-Beiträge nicht erhöhen!

### Mehrbelastungen können den Bürgern nach Ansicht von AE-Fraktionschef Holger Leisner derzeit nicht zugemutet werden.

Von Michael Schick

**Ellerau -**

Als "unseriös" und "populistisch" bezeichnet Aktives Ellerau (AE) das Veto der SPD zum Gemeindehaushalt 2007. "Das Vorgehen der SPD ist nicht zu akzeptieren. Es hat dazu geführt, dass die Gemeinde zum Jahresanfang keinen gültigen Haushalt hat", sagt Holger Leisner, Fraktionschef des Vereins Aktives Ellerau, in dem die CDU-Rebellen nach ihren Parteiaustritten nun Politik im Gemeinderat und in den Ausschüssen machen. Die SPD hatte in der Sitzung am 30. November in einer Tischvorlage Vorschläge gemacht, wie die Gemeinde die Ausgaben verringern und die Einnahmen erhöhen kann (wir berichteten).

Statt im Finanzausschuss zwei Wochen vorher konstruktive Vorschläge zu machen, habe die SPD den Etatentwurf ohne Begründung abgelehnt. "Und das, obwohl sie den Haushaltsansätzen in den Fachausschüssen vorher zugestimmt hat", sagt Leisner, der nicht nur das Vorgehen, sondern auch die Maßnahmen kritisiert. Da die Bürger in diesem Jahr durch höhere Steuern, Energie- und Gesundheitskosten stärker belastet würden, könne ihnen nicht auch noch eine Mehrbelastung durch eine Anhebung der Grundsteuer zugemutet werden. "Dass die Hebesätze einmalig in diesem Jahr erhöht und im Kommunalwahljahr 2008 wieder gesenkt werden sollen, zeigt doch, wie durchsichtig dieser Vorschlag ist", sagt Leisner.

Bei den Sachausgaben ließen sich auf keinen Fall, wie von der SPD errechnet, knapp 40 000 Euro sparen. 22 000 Euro seien durch Beschlüsse oder Verträge gebunden. "Auch die restliche Summe wäre nur unter Verzicht auf dringend notwendige Maßnahmen zu erwirtschaften. Wir sagen Nein zum Kaputtsparen", sagt der AE-Fraktionschef. Dass ausgerechnet die SPD die Elternbeiträge für den Kindergarten erhöhen will, sei schon sehr verwunderlich. Eine "richtungsweisende Kinder- und Jugendpolitik" sei das wichtigste Ziel, seitdem die CDU bzw. AE die Mehrheit hat. Zudem sei die SPD von falschen Zahlen ausgegangen: Schon jetzt deckten die Gebühren 39 Prozent der Betriebskosten und nicht nur 28 Prozent. "Eine Erhöhung der Elternbeiträge, wie sie die SPD fordert, würde die Betroffenen zwischen 100 und 130 Euro mehr im Jahr kosten", sagt Leisner.

Die Fraktion von AE sei sich der angespannten Haushaltslage durchaus bewusst. Es gebe aber zur Zeit keine Alternative zum vorgelegten Entwurf.

erschienen am 27. Januar 2007